

OLG Karlsruhe - BGB § 1587a II Nr. 3, § 1587c, § 1587f, § 1587g; VAHRG § 3b I Nr. 1, § 10a

(20. ZS - FamS -, Beschluß v. 1.10.1999 - 20 UF 64/97)

1. Abänderung einer Versorgungsausgleichsentscheidung bei Unverfallbarkeit einer betrieblichen Zusatzversorgungsrente.

2. Beim schuldrechtlichen Versorgungsausgleich bedarf es keiner Umrechnung mit Hilfe der BarwertVO. Das Anrecht des Verpflichteten und das ggf. gegenüberzustellende Anrecht des Berechtigten sind - unabhängig von ihrer Dynamik - mit ihrem Nominalbetrag im jeweiligen Ausgleichszeitraum anzusetzen.

3. Das gilt auch, wenn vorab ein öffentlich-rechtlicher Teilausgleich nach § 3b VAHRG erfolgt ist. Dieser ist mit dem damaligen Betrag, ggf. aktualisiert entsprechend der Steigerung des Rentenwerts, von dem nach Nr. 1 errechneten Ausgleichsbetrag abzuziehen.

(Leitsatz der Redaktion)

Anm. d. Red.: Die Entscheidung ist abgedruckt in FamRZ 2000, 235.

Anmerkung:

Die Entscheidungen des BGH v. 29. 9. 1999 - XII ZB 21/97 -, FamRZ 2000, 89 [*], und des OLG Karlsruhe v. 1. 10. 1999 befassen sich mit der für die Praxis sehr wichtigen Frage der **Berechnung der schuldrechtlichen Ausgleichsrente** unter

FamRZ 2000 - Seite 828

Berücksichtigung eines zuvor erfolgten öffentlich-rechtlichen Teilausgleichs gemäß § 3b I Nr. 1 VAHRG.

1. Beide Gerichte gehen vom Ehezeitanteil des aktuellen Zahlbetrages der einzubeziehenden Renten aus. In dem vom BGH entschiedenen Fall war ein betriebliches Versorgungsanrecht nur auf seiten des ausgleichspflichtigen Ehemannes zu berücksichtigen. Der Ausgleichswert betrug 50 % des Ehezeitanteils. Entsprechend hat das OLG Karlsruhe den Ausgleichswert in Höhe von 50 % des Differenzbetrages der beiderseitigen Anrechte ermittelt. Bei dieser Berechnungsweise ist auf den Ausgleichswert der durch erweitertes Splitting nach § 3b I Nr. 1 VAHRG bereits öffentlich-rechtlich erfolgte Teilausgleich anzurechnen.

Der Entscheidung des BGH kann nicht zugestimmt werden, soweit der anzurechnende Wert des durch erweitertes Splitting übertragenen Anrechts zuvor „entdynamisiert“, also in den Wert eines statischen Anrechts zurückgerechnet worden ist. Eine solche Rückrechnung ist erforderlich, wenn es darum geht, den statischen Wert des nicht öffentlich-rechtlich ausgeglichenen Teils der Betriebsrente per Ende der Ehezeit festzustellen. Wenn dagegen von den aktuellen Zahlbeträgen ausgegangen und sodann vom Ausgleichswert der Wert des durch erweitertes Splitting erfolgten Teilausgleichs abgezogen wird, dann muß auch insoweit der **aktuelle dynamische Zahlbetrag** zugrunde gelegt werden. So wird erreicht, daß beiden Ehegatten aus den dem schuldrechtlichen VersAusgl unterliegenden ehezeitbezogenen Anrechten gleich hohe Beträge zufließen.

Zutreffend hat daher das OLG Karlsruhe den Betrag des durch erweitertes Splitting erfolgten Teilausgleichs lediglich **mit Hilfe des aktuellen Rentenwerts „aktualisiert“** (insoweit ebenso wie der BGH) und dadurch der Dynamik der übertragenen gesetzlichen Rentenanwartschaft Rechnung getragen. Soweit in meinem Aufsatz in FamRZ 1999, 821, 823, teilweise anders gerechnet worden ist, wird daran nicht festgehalten.

In dem vom BGH entschiedenen Fall wäre danach wie folgt zu rechnen gewesen:

Zeitraum vom 1. 9. 1994 bis 31. 12. 1994:	
Ehezeitanteil der Betriebsrente	7.071,17 DM
Ausgleichsbetrag	3.535,59 DM.
	=====
Betrag des Super-Splittings bei Ehezeitende	49,20 DM
aktueller Rentenwert bei Ehezeitende (31. 8. 1982)	30,12 DM
aktueller Rentenwert 2. Halbjahr 1994	46,00 DM
aktueller Wert des durch Super-Splitting übertragenen Rentenanspruchs im 2. Halbjahr 1994	
49,20 DM x 46,00 DM : 30,12 DM =	75,14 DM
	=====
schuldrechtliche Ausgleichsrente:	
3.535,59 DM ./ 75,14 DM =	3.460,45 DM
	=====

(anstelle der vom BGH errechneten 3.312,47 DM).

Für die folgenden Zeiträume wäre entsprechend zu rechnen.

Ergebnis auf seiten	
a) des Ehemannes: Ehezeitanteil der	
Betriebsrente	7.071,17 DM
./ schuldrechtliche Ausgleichsrente	3.460,45 DM
./ Kürzung der eigenen gesetzlichen Rente infolge des Super-Splittings	75,14 DM
	=====
	3.535,58 DM.
b) der Ehefrau:	
schuldrechtliche Ausgleichsrente	3.460,45 DM
Zahlbetrag aus dem Super-Splitting	75,14 DM
	=====
	3.535,59 DM.

2. Die Entscheidung des OLG Karlsruhe läßt sehr deutlich die Problematik der gesetzlichen Regelungen über die **Bewertung von Betriebsrenten mit unterschiedlicher Dynamik** erkennen.

Beide Ehegatten haben in der Ehezeit Anwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung erworben. Im Erstverfahren wurde der VersAusgl zugunsten der Ehefrau durch Splitting i. H. von 167,32 DM und durch erweitertes Splitting nach § 3b I Nr. 1 VAHRG i. H. von 70 DM durchgeführt. Daß inzwischen die gesetzliche Rentenanswartschaft der Ehefrau geringfügig höher zu bewerten ist, fällt nicht ins Gewicht.

Das OLG Karlsruhe hatte für die Zeit vom 19. 5. 1995 bis 30. 6. 1995 auf Antrag der Ehefrau den schuldrechtlichen VersAusgl durchzuführen. Für diesen Zeitraum ergab sich aufgrund der aktuell gezahlten Rentenbeträge aus der betrieblichen Altersversorgung zugunsten der Ehefrau ein Ausgleichswert von 211,58 DM und nach Abzug des durch Super-Splitting bereits durchgeführten Teilausgleichs (aktualisiert: 77,70 DM) eine schuldrechtliche Ausgleichsrente von monatlich 133,88 DM. Damit war eine gleichmäßige Teilhabe beider Ehegatten an den ehezeitlich erworbenen betrieblichen Ansprüchen verwirklicht, aber eben nur für den kurzen Zeitraum bis zum 30. 6. 1995.

Für die Zeit ab 1. 7. 1995 war der Antrag des Ehemannes auf **Abänderung nach § 10a VAHRG** vorrangig. In der zu erstellenden **neuen Ausgleichsbilanz** entsprechend § 1587a BGB war die Betriebsrente des Ehemannes als statisch zu behandeln und nach der BarwertVO auf monatlich 582,48 DM abzuzinsen, während die Versorgungsrente der Ehefrau aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes als volldynamisch anzusehen und mit dem Nennbetrag von monatlich 666,09 DM in die Ausgleichsbilanz einzubeziehen war. Obwohl die ehezeitbezogenen Leistungen, die der Ehemann aus

seiner Betriebsrente erhält, deutlich höher sind als diejenigen der Ehefrau, ist in der Ausgleichsbilanz die betriebliche Anwartschaft des Mannes geringer zu bewerten. Das Ergebnis ist, daß nicht nur das im Erstverfahren durchgeführte Super-Splitting entfällt und an einen schuldrechtlichen VersAusgl überhaupt nicht zu denken ist, sondern daß vielmehr im Wege der Verrechnung aller Anrechte (§ 1587b III S. 3 BGB) der Splittingbetrag auf 125,17 DM herabzusetzen ist.

Ein solches Ergebnis ist mit dem Ziel des VersAusgl, einer möglichst gleichmäßigen Teilhabe beider Ehegatten an den in der Ehezeit erworbenen Versorgungsanrechten, nicht zu vereinbaren (wobei die auf § 1587c Nr. 1 BGB gestützten Argumente des Ehemannes in diesem Zusammenhang unberücksichtigt zu bleiben haben). Die in jüngster Zeit wieder mit besonderem Gewicht erhobenen **verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Bewertung** nicht volldynamischer Anrechte **nach der BarwertVO**

(vgl. Glockner/Gutdeutsch, FamRZ 1999, 896; Bergner, FamRZ 1999, 1476; OLG München, FamRZ 1999, 1432, m. Anm. Bergner, FamRZ 2000, 97; AmtsG Kelheim, FamRZ 2000, 98)

werden durch einen Vergleich der Zahlen in diesem Fall eindrucksvoll bestätigt. Eine Anwendung der von Glockner/Gutdeutsch entwickelten „Ersatztabellen“ für die BarwertVO (FamRZ 2000, 270) dürfte zwar eine realistischere Bewertung ermöglichen. Ob aber das Problem durch eine neue BarwertVO zu lösen ist oder ob es einer weitergehenden Korrektur der Ausgleichsregelungen bedarf (vgl. Bergner, FamRZ 1999, 1476), wird noch einer eingehenden Prüfung bedürfen. Der Entscheidung des BVerfG in einem aufgrund einer Verfassungsbeschwerde anhängigen Verfahren wird daher mit besonderem Interesse entgegengesehen.

Dr. G. Kemnade, Celle

[*] Der LS. der Entscheidung lautet: Zur Bewertung einer schuldrechtlichen Ausgleichsrente aus einer betrieblichen Altersversorgung bei dem Essener Verband.

Fundstelle:

FamRZ 2000, 827 [LSe]

Schlagworte:

Änderung, Anrecht, Ausgleichsbetrag, Ausgleichung, Barwertverordnung, Betriebsrente, Dynamik, Entscheidung, Gesamtversorgung, schuldrechtlicher Versorgungsausgleich, Verfallbarkeit, VersAusgl, Versorgung, Versorgungsausgleich, Zusatzversicherung

DokNr:

20000827002